

Pulsnitzer Tageblatt

Heft 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*, amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Nieder-Elstena, Friedersdorf, Tietendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Bräuer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 152

Montag, den 2. Juli 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Nach Meldungen aus Kalkutta sind während eines Zusammenstoßes zwischen Sikhs und Mohammedanern bei einem religiösen Fest in der Nähe von Kharapur 12 Personen getötet und zahlreiche verletzt worden.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der russische Eisbrecher „Krasin“ am Sonnabend den 78. Breitengrad erreicht, sodaß er sich unweit der Stelle befindet, wo die „Italia“ niedergegangen ist.

Aus Versailles verfiel die dort wohnende 62-jährige Kassiererin Bourget nach Unterschlagung von 2,5 Millionen Mark. Man nimmt an, daß sie mit gefälschten Papieren in einem ausländischen Kloster Zuflucht suchen will.

Politischer Wochenrückblick

Endlich eine Regierung. — Wieder einmal Sicherheitsverhandlungen in Genf. — Krise in Oesterreich. — Ein dunkles Blatt aus der Geschichte des Ruhrkampfes.

Wir haben eine Regierung, wenn auch nur eine solche des Kompromisses, und eine vorläufige, bis zum Herbst bestimnte. Die Unterredungen Müller-Frankens mit dem Reichspräsidenten und den Fraktionsführern vom 28. Juni haben dies Ergebnis zuwege gebracht, das nach Lage der Sache wenigstens einen Ausweg darstellt. Möglich war es durch den Entschluß des Zentrums, auf die Vizetanzlerschaft und einen besonders wichtigen Ministerposten zu verzichten und nur einen Minister — gewissermaßen als Verbindungsmann — zu stellen: den Abgeordneten v. Guérard. Auch die Deutsche Volkspartei sperrte sich im Landesinteresse nicht länger und stellte mit Dr. Stresemann und Dr. Curtius zwei Minister, ohne grundsätzlich auf ihre Einwendungen wegen ihrer Nichtbeteiligung an der Regierung in Preußen zu verzichten. Letzten Endes ist dies Kabinett der „Persönlichkeiten“ also ein solches der „Großen Koalition“, und man muß hoffen, daß im Herbst ohne gleiche Mißbilligkeiten die Große Koalition wirklich zustande kommt.

In Genf tagt jetzt wieder der Sicherheitsausschuß der Abrüstungskommission des Völkerbundes und berät über die deutschen Vorschläge. Es muß an sich sonderbar berühren, daß das in unsicherer Lage befindliche Deutschland einem Sicherheitsausschuß überhaupt Vorschläge macht, und es sind diese deutschen „Bemerkungen“ zu der Gesamtfrage denn auch nur in dem Sinne zu verstehen, daß Deutschlands Sicherheiten verstärkt werden sollen. Für uns muß stets ausgehend sein, daß kriegerische Verwicklungen von vornherein ausgeschlossen sind, und daß dementsprechende Maßnahmen getroffen werden. Das hören „die anderen“ bestimmt nicht gerne; denen ist vor allem an Schaffung von Sanktionen gelegen für den Fall einer kriegerischen Verwicklung. Daß dann diese Sanktionen zum Schaden Deutschlands vorgenommen werden, dafür haben wir Beispiele genug. Die deutschen Vorschläge heben ferner den Ausbau des Vergleichsverfahrens wie der Bestimmungen des Völkerbundes über die Kriegsverhütung hervor.

Der Einbruch verleiht sich, daß dieser Ausschuß möglichst die Abrüstungskommission selbst ersetzen und daß man weiter die deutschen Vorschläge möglichst zu neuen Fußangeln für Deutschland umschaffen will. Sicherheit sieht für uns anders aus als für die Kriegsgegner; unser Vertreter, Staatssekretär von Simson, darf keine neuen Bindungen eingehen; besonders darf nicht eine neue internationale Kontrolle für Kriegsverhütung geschaffen werden, die die Franzosen wünschen!

Die Vorgänge in unserem Bruderstaate Oesterreich können uns nicht gleichgültig lassen, insbesondere die neue Regierungskrise, die durch den Rücktritt des Justizministers Dinghofer ausgebrochen ist. Der frühere ungarische Diktator Bela Kun, dessen Schreckensherrschaft in Ungarn unvergessen ist und der gegen das Verbot nach Oesterreich zurückkehrte, ist dort formal abgeurteilt worden, das Auslieferungsbegehren Ungarns wurde aber vom österreichischen Justizministerium abgelehnt. Der großdeutsche Justizminister Dr. Dinghofer hat mit seiner Ablehnung der Auslieferung wegen politischer Handlungen juristisch vielleicht richtig, dem Empfinden weiter Kreise aber zuwider gehandelt. Viel leicht folgt der Gesamtrücktritt des Kabinetts, da Bundeskanzler Dr. Seipel sich mit Dr. Dinghofer solidarisch erklärt. Die mißsam stabilisierten Verhältnisse in Nachbarlande drohen damit wieder in die Brüche zu gehen!

Ein trauriges Blatt aus der Geschichte des Ruhrkampfes hat der zur Zeit vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts I stattfindende Meineidsprozeß gegen den 24-jährigen „Kaufmann“ Alfred Göbe aufgeschlagen. Es

Die republikanischen Ziele der neuen Regierung

Eine Rede des neuen Reichsinnenministers Severing

Streitpunkte im Reichskabinett Müller — Die Amnestieverhandlungen — Der Kampf um die Macht in Griechenland — Ein weiteres Opfer der Rettungsversuche für die „Italia“-Leute.

Berlin. Die Vereinigung „Republikanische Presse“ feierte in Berlin den Jahrestag ihrer Gründung, an dem neben dem Reichstanzler Müller, die Reichsminister Koch-Weser, Severing, Hilferding, Reichstagspräsident Böbe und eine Reihe preußischer Minister teilnahmen.

In einer Rede führte Reichsinnenminister Severing über die republikanischen Ziele der neuen Regierung u. a. folgendes aus: „Ich glaube, es ist ein gutes Vorzeichen, daß Ihr Jahrestag zusammenfällt mit dem Geburtstag der neuen Regierung. Dieses Zusammentreffen veranlaßt mich zu der Bitte an Sie, den Zerungen und Wirrungen bei der Regierungsbildung keine allzu große Bedeutung in der nächsten Zeit beizulegen; denn wir müssen die gemeinsame Kampffront behalten. Ministerialdirektor Dr. Spieder hat davon gesprochen, daß er der neuen Regierung ein ebenso langes Leben wünsche wie der Vereinigung „Republikanische Presse“. Ich glaube im Sinne aller Mitglieder der Reichsregierung sprechen zu können, wenn ich hinzufüge, es ist

unsere feste Absicht, recht lange in dieser Regierung am Leben zu bleiben.

Man hat diese Regierung schon ein Ferienkabinett genannt. Wir haben die Absicht, vier Jahre Ferien zu machen, Ferien von Regierungskrisen, Programmwirren und Richtlinienberatung, um in den Ferien davon vier Jahre praktischer Arbeit zum Aufbau der Republik zu leisten. Es ist nicht eine Regierung auf Abbruch, aber man kann die Konzeption machen, es eine Regierung auf Umbau zu nennen. In einigen Monaten wollen wir dieser Regierung kräftigere Tragbalken unterlegen, und ich bin der festen Überzeugung, mit diesen Tragbalken wird es möglich sein, vier Jahre lang in der Tat praktische Arbeit zum sozialen und zum demokratischen Aufbau der Republik zu leisten.“

Streitpunkte im Reichskabinett Müller.

Eine Sonntags-Sitzung.

Berlin. Das Reichskabinett hat am Sonntag vormittag in einer dreistündigen Verhandlung die Grundlinien der programmatischen Erklärung des Reichstanzlers beraten. Es besteht die Absicht, in die Regierungserklärung die Forderung aufzunehmen, daß das Gesetz über den Nationalfeiertag im Reichstags mit Mehrheit zum mindesten von den Parteien angenommen werden müsse, aus deren Reihen Mitglieder dem Kabinett angehören. Eine zweite Streitfrage ist darüber entstanden, daß der Reichsfinanzminister Hilferding, ohne daß eine entsprechende Bedingung in den Rassen des Reiches vorhanden ist, eine Heraushebung der Grenze des steuerfreien Einkommens durch ein Initiativgesetz der Parteien herbeiführen will. Die dritte Streitfrage ist die Beschränkung der Amnestie auf die Kommunisten oder die Ausdehnung der Amnestie auf sogenannte Fememörder. Am schwierigsten ist die Frage, ob das Kabinett überhaupt in der Lage ist, vom Reichstag ein positives Vertrauensvotum zu fordern. Es hat den Anschein, als ob die Schwierigkeiten dieses Kabinetts bereits außerordentlich groß sind.

Die Amnestieverhandlungen

Die „Montagspost“ meldet: Reichsjustizminister Koch-Weser hatte am Sonnabend und Sonntag mit den Fraktionsführern über die geplante Reichsamnestie verhandelt. Die Hauptschwierigkeiten bilden nach wie vor die Behandlung der wegen Kapitalverbrechen verurteilten politischen Straftäter, also der Fememörder und Max Hölz. Der frühere Vorschlag der Rechten, daß die lebenslängliche Strafe der Fememörder auf 7 1/2 Jahre Festungshaft ermäßigt werden soll, wird keinesfalls angenommen. Außerstes Zugeständnis wäre, daß die lebenslängliche Strafe in 7 1/2 Jahre Zuchthaus umgewandelt wird. Unter diesen Umständen würden alle politischen Verbrecher der Linken entlassen werden, auch Max Hölz würde durch die Amnestie, falls das Reichsgericht nicht auf Grund der Wiederaufnahmeanträge seine Freilassung verfügt, in einem halben Jahre frei kommen. Die Fememörder müßten dann noch 7 Jahre verbüßen. In der Amnestie sollen auch solche Straftaten einbezogen werden, die aus sozialer Not begangen sind sowie die Landesverratsache, soweit die Tat nicht aus Eignung geschehen ist. Sämtliche Personen, die

wegen Landesverrat, begangen durch die Presse, verurteilt worden sind, würden dann entlassen werden. Die laufenden Verfahren würden niedergeschlagen.

Hindenburg an das Saarland.

Heidelberg. Aus Anlaß der großen deutschen Saarländgebung, an der aus allen Teilen des Reiches und namentlich aus dem Saargebiet selbst Tausende von Saarländern teilnahmen, hat Reichspräsident von Hindenburg heute folgendes Begrüßungstelegramm gesandt: „Dem Bund der Saarvereine sende ich in treuem Gedanken an die deutschen Brüder und Schwestern an der Saar meine besten Grüße und aufrichtigsten Wünsche für weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.“ Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann sandte ein Telegramm.

Am Grabe des ersten Reichspräsidenten, Ebert, ließ der Vorstand einen Kranz niederlegen. Am Sonnabendabend gaben 1500 Sänger zahlreicher Gesangsvereine des Saar-Gängerbundes ein Konzert in der Stadthalle. Im Anschluß an eine Reihe von politischen Vorträgen fand Sonntag nachmittag eine große deutsche Kundgebung für das abgetrennte Saargebiet im Schloßhof des Heidelberger Schlosses statt.

Der Geschäftsbericht des Leiters der Saargebütsstelle in Berlin hebt hervor, daß die wirtschaftliche Vormachtstellung der jetzt zu Frankreich gehörenden Saargebiete sich katastrophal für die ganze Wirtschaftsgestaltung an der Saar auswirke. Die französische Regierung betrachte das Saarbecken als ein Ausbeutungsobjekt. Die Auswirkungen einer solchen Ausbeutungspolitik müßten sich für die Bevölkerung auf die Dauer vernichtend gestalten. Habe sich somit die politische Lage im Laufe des vergangenen Jahres verschlechtert, so könne andererseits mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Bevölkerung an der Saar in ihrem Verlangen nach baldiger und reiflicher Rückgliederung des Saargebietes und in ihrer unergründlichen Treue zum deutschen Volkstum und zu deutscher Heimaterde die alte zähe Kämpferschar geblieben sei.

Der Kampf um die Macht in Griechenland

Wie aus Athen gemeldet wird, verlautet von untrüchteter politischer Seite, daß Venizelos sich im Hinblick auf die mögliche Betrauung der neuen Regierung bereits die Mitarbeit Kondylis gesichert habe, der das Außenministerium übernehmen soll. Trotzdem wird man mit einem scharfen Wahlkampf rechnen müssen. Die Royalisten werden versuchen, die Republik zu stürzen, doch scheinen Venizelos wie Kondylis dieser Gefahr gewachsen. Der Gouverneur der Bank von Griechenland, Diomidis, wird zum Rücktritt gezwungen werden. Die royalistische Presse veröffentlicht scharfe Angriffe gegen Venizelos und droht mit dem Sturz der Republik, für den Fall, daß Venizelos die Kabinettsbildung übernehmen sollte.

Coolidge möchte noch selbst den Kellogg-Pakt unterzeichnen.

New York. Präsident Coolidge gab in einer Unterredung der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen über Kelloggs Kriegsverzichtsvorschläge noch vor dem Ende seiner Amtszeit Früchte tragen und ihm damit die Gelegenheit geben mögen, das Vertragswerk mit den anderen Mächten selbst zu unterzeichnen.

In London verlautete gerücheweise, daß der amerikanische Unabhängigkeitstag am 4. Juli als Unterzeichnung des Kelloggspaktes in Frage kommen soll. So glänzend dieser Vorschlag an und für sich scheint, so besteht natürlich zu seiner Verwirklichung keine Aussicht. Dazu arbeitet die komplizierte Maschinerie der europäischen Diplomatie viel zu langsam.

Immerhin besteht begründete Aussicht, daß wenigstens von französischer Seite die juristischen Sachverständigen sich etwas beeilen, damit der französische Nationalfeiertag, der 14. Juli, als Tag zur Unterzeichnung des Paktes noch in Frage kommen kann.